

Sicherheitspolitischer Wandel

Von Dr. S. Bieri, Vorstandsmitglied Schweizerische Gesellschaft Technik und Armee¹

STA-Flash 2/2009

Der diesjährige STA-Herbstanlass war ein Erfolg. Die von Bundesrat Mauer und Div Hofmeister vorgetragenen Lagerbeurteilungen zeigten, dass die Verantwortlichen Breite und Komplexität der Sicherheitspolitik richtig abschätzen. Gleichzeitig wurde aber auch klar, dass sich die militärische Seite in arge Bedrängnis geraten ist. Hauptursache dafür ist der budgetäre Engpass, der seit der Einführung der Armee 95 nicht überwunden werden konnte. Hier liegt eine grosse politische Verantwortung, die von Bundesrat und Parlament rasch wahrgenommen werden muss.

Die sicherheitspolitischen Herausforderungen Europas und der Schweiz sind nach der Entspannung des Mauerfalls vor zwanzig Jahren wieder gewachsen. Im Innen- und Aussenverhältnis gibt es neue, zum Teil unerwartete Risiken und Gefahren: illegale Wanderungen, „Trafficking“, unterschwelliger wirtschaftlicher Protektionismus, Übergriffe auf kritische Infrastrukturen und Spannungen im Zusammenhang mit Naturgefahren. Man braucht nicht Pessimist zu sein, um diese Entwicklungen mit andern, längerfristigen Trends in Beziehung zu setzen. Dazu gehören etwa die Aufrüstung in Russland und China, strategische Rohstoffkäufe asiatischer Staatsfonds oder der Aufbau extremistischer Netzwerke. Gleichzeitig neigt unser demokratisch-parlamentarisches System dazu, Schlechtwetter-Szenarien zu verdrängen und finanzpolitisch von der Hand in den Mund zu leben.

Sicherheitspolitik ist vorerst einmal eine *Koordinationsaufgabe*. Die skizzierten Risiken und Gefahren betreffen, organisatorisch gesprochen, mehrere Ressorts, mehrere Departemente. Wie zudem Art. 57 der BV festhält, muss der Bund seine Sicherheitspolitik auch mit den Kantonen abstimmen. Bundesrat Maurer spricht hier zurecht von einem „Sicherheitsverbund Schweiz“. Unabhängig von spezifischen Bedrohungslagen kommt einer intakten Armee bei dieser Koordination eine bedeutende Rolle zu: wegen ihren effizienten Kommandostrukturen, wegen ihres logistischen Potenzials und wegen ihrer leistungsfähigen Kommunikationsinfrastruktur. Auch jene Kreise, welche die Armee abschaffen möchten oder ihre Auflösung durch Verdünnung geschehen lassen, wissen dies. Vor diesem Hintergrund halte ich die gut gemeinte Idee einer „fähigkeitsorientierten Streitkräfteplanung“ für problematisch, weil sie dazu einlädt, aufgrund kurzfristiger Lagebeurteilungen militärische Fähigkeiten zu opfern, die sicherheitspolitisch *Systembedeutung* besitzen. Wie weiland bei Hans im Glück wird eingetauscht, bis nichts mehr da ist. Ich befürchte, dass bei einem unerwarteten Bedrohungsanstieg - der keineswegs primär militärischer Natur zu sein braucht - rasch, unvorbereitet gehandelt werden muss. Dies hätte mit Bestimmtheit hohe Sprungkosten für die Verstärkung von Logistik und Infrastruktur sowie für die Beschaffung spezifischer Rüstungsgütern zur Folge. (Wenn für solche Massnahmen überhaupt noch Zeit bleibt.) Der neue sicherheitspolitische Bericht muss deshalb nicht nur abstrakt Risiken und Bedrohungen beurteilen, sondern

¹ Gesellschafter und Geschäftsführer Bieri IP Partner, Aarau

auch zeitliche Abhängigkeiten klären. Dazu gehört die Frage, wann zivile Sicherheitsprobleme „kippen“ und militärische Mittel einzusetzen sind.

In den USA und bei verschiedenen NATO-Partnern manifestiert sich heute ein neuer aussenpolitischer „Realismus“. Ernüchterung im Zusammenhang mit den Irak- und Afghanistanmissionen und eine höhere Gewichtung der inneren Sicherheit führen zu einem Umdenken, ja zu einer Entsolidarisierung, unter der künftig gerade Kleinstaaten zu leiden haben dürften. Die Schweiz als kleine, offene Volkswirtschaft wird deshalb gut daran tun, ihre autonomen Machtinstrumente nicht freiwillig aufs Spiel zu setzen.

Politisch geht es im Moment nicht darum, sich für oder gegen ein neues Kampfflugzeug auszusprechen. Und es kann auch nicht sinnvoll sein, in dieser labilen Situation einen irreversiblen Entscheid wie den Verzicht auf die Raumsicherung zu fällen. Notwendig erscheint mir vielmehr der dezidierte Kampf für eine bessere, konstantere *Basisfinanzierung* der Armee, die erst die notwendigen Strategieentscheide ermöglicht. Dies ist auch die Vorbedingung für ein intelligentes Rüstungsverhalten, das essentiell als Teil der nationalen Industrie- und Technologiepolitik zu verstehen ist.
